

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbelegkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 9837.

Sonnabend, 23. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile für deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, F. 11111 Nachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 2,- Mk.

An alle Bergarbeiter Deutschlands!

Kameraden! Genossen!

Am Sonntag, den 17. April, fand in Essen eine Konferenz, wie man sagt, von „Delegierten“ der am Bergbau beteiligten Arbeitnehmerorganisationen des Bergarbeiter-Verbandes, des Verbandes der Heizer und Maschinisten, des Metallarbeiter-Verbandes und anderer statt. Die Konferenz sollte und hat Stellung genommen zum neuen Abkommen, die Uberschichten und Lohnregelung betreffend. Die Konferenz beschloß, die Bergarbeiter in Urabstimmung über dies neueste Machwerk der Arbeitsgemeinschaft entscheiden zu lassen, griff aber dieser Abstimmung bereits vor, indem sie auf Anraten ihres und seiner Getreuen diesem schändlichen Abkommen ihre Zustimmung gab!

Bergarbeiter! Kameraden!

Was besagt dieses neue Abkommen?

Die Sechsstundenschicht, um die Ihr bereits seit Jahren kämpft, um die Ihr die größten Opfer gebracht habt, um deren Eringung Eure Besten in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen wurden, und die Ihr haben müßt, wenn Ihr nicht die letzten Reste Eurer Gesundheit dem Moloch Kapital opfern wollt, — die Sechsstundenschicht wird Euch nicht gegeben!

46 Stunden sollt Ihr pro Woche arbeiten!

46 Stunden in Dampf, Staub und Hitze, in Schweiß, Todesgefahr und Erschöpfung. Gleichgültig, ob Ihr dabei zusammenbricht, ob Ihr Eure Lebenskraft vorzeitig zu Grabe tragt, 46 Stunden sollt Ihr schuften, damit Euren Führern die Ruhe verbürgt, ihnen die Arbeitsgemeinschaft gefettet wird. 46 Stunden pro Woche sollt Ihr frohnen, damit den Grubenbesitzern die Profite gesichert sind, damit sie nach wie vor mit Euren Werkzeugen, mit den Produkten Eures Fleißes Wucher treiben können.

Kameraden! Nehmt Ihr dieses Ungeheuer an, so bedeutet das nicht nur für Euch eine ungeheure Verschlechterung Eurer Lebenslage, sondern in Rückwirkung auf die anderen Schichten der übrigen Industriearbeiter auch die Verelendung dieser. Arbeitet Ihr 46 Stunden, so wird man Eure Brüder in der Industrie bald zwingen, 56 und 66 Stunden zu arbeiten. Die Arbeitgeberverbände haben in ihrem letzten geheimen Rundschreiben klipp und klar erklärt:

„Neue Tarife sollen keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügenden Raum zu verschaffen. Volle Ausnützung der 48 stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlussarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vorzunehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisierungskommissaren erteilt bereits generell die Genehmigung für die Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit.“

Das ist die Vorbereitung zur Abschaffung des Acht-Tage-Arbeitsgesetzes für alle Arbeiter. Eure 46 Stunden sind ein weiterer Schritt auf diesem für das Proletariat ins Verderben führenden Weg. Kameraden! Wollt Ihr nicht an Euch selbst, an Euren Familien Euch veründigen, wollt Ihr Euch nicht schwer vergeben, auch gegen die Interessen Eurer Kameraden in der Industrie, so lehnt diese Zumutung, lehnt dieses Abkommen, lehnt diese Ueberschreitung ab.

Aber noch mehr, Kameraden! Auch Euer Lohn wird neu „geregelt“. Zwar haben Eure Führer in Dortmund und Bochum radikal erklärt: „Unannehmbar“. Heute sind sie

schamlos genug, Euch dieses Lohnabkommen als neue Errungenschaft zu präsentieren. Ein Abkommen, das sich während der letzten vier Wochen noch verschlechtert hat und gegen das sie selbst noch vor vier Wochen Sturm liefen.

Kameraden! Seht Euch diesen Tarif an. Stolz wird verkündet, daß jeder unter Tage beschäftigte Arbeiter eine Sonderzulage von 3 Mk. erhält, ferner sollen Gebirgsarbeiter einen Zuschlag von 5,50 Mk. auf den im Oktober erreichten Durchschnittslohn erhalten. Der Tarif wimmelt von Zahlen, in denen ein einfacher Arbeiter sich nicht auskennt. Prüft Ihr genau, so findet Ihr folgendes:

Die versprochenen 3 Mk. der Sonderzulage werden in dem Zuschlag von 5,50 Mk. verrechnet!

Die bisherigen Zulagen von 4,50 resp. 2 Mk. werden ebenfalls im Gebirge verrechnet, während der Grundlohn nur um 2,50 Mk. erhöht wird. Am nächsten Lohnzahlungstag werdet Ihr merken, daß man Euch um 45—60 Mk. pro Woche bestohlen hat.

Bergarbeiter! Kameraden!

In Eure Hand ist Euer Schicksal gelegt. Stimmt Ihr diesen Vereinbarungen, die Eure Führer mit den Stinnesen abgeschlossen haben, zu, so dürft Ihr Euch nicht beklagen über das, was kommen wird und kommen muß. Elend und Not in nie gekanntem Maße. Man hat Euch 10% vom Lohn abgezogen, um die Zinsen der ungeheuren Schulden Deutschlands, um die Zinsen für die Gläubiger des Deutschen Staates, die Profite für Eure Ausbeuter aufbringen zu können. Man hat Euch gezwungen, im Dienste des Zehnkapitals zu arbeiten, Uberschichten zu verfahren, bis Ihr zusammenbricht. Die Unglücksfälle und Krankheiten unter Euch haben sich in ungeheurer Weise vermehrt. All dieses Elend wird noch gesteigert werden. Nicht lange wird es währen, dann werden die Grubengewaltigen auch dazu übergehen, was sie in dem bereits erwähnten geheimen Rundschreiben ankündigten:

„Eine Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die Chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte, sowie Ueberschichtung einschlägigen Materials an die Vorkämpfer der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau der Löhne hat zunächst bei den Jugendlichen und den Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne zu hoch sind.“

Kameraden! Auch hier ist Ihr, wohin der Weg führen soll.

Folgt nicht länger den Führern, die in der Arbeitsgemeinschaft sitzen, die den „Einwirkungen“ der Kapitalisten immer von neuem unterliegen. Sagt sie davon! Laßt nicht zu, daß man Euch die letzten und wenigen Errungenschaften Eurer langjährigen Kämpfe aus den Händen windet.

Lehnt dieses Abkommen ab, lehnt es ab jede Arbeitszeitverlängerung! Lehnt ab jede Ueberschreitung! Lehnt ab die Verkürzung der Löhne!

Tretet nach wie vor Mann für Mann geschlossen ein für die

Sechstundenschicht!

Für sofortige Erhöhung der Löhne um 50%.

Laßt Euch nicht irreführen!

Nieder mit den Machenschaften der Verbandsbürokratie!

Weg mit diesem Abkommen!

Tretet ein in den Kampf um die Erhöhung der Löhne!

Um die sofortige Durchführung der Sechstundenschicht!

schuften, schlemmen die Unternehmer, die Dividenden fressen, während der Bergarbeiter hungerte.

Die Bergarbeiterschaft erkannte, daß sie durch das Ueberschichtenabkommen schlechter dastand als zuvor und verurteilte dasselbe in jeder Betriebs- und Belegschaftsversammlung, bis die Gewerkschaften gezwungen waren, das Abkommen im Januar zu kündigen. Die Gewerkschaftsführer haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Uberschichten, obgleich sie sich hüten, dieses der Bergarbeiterschaft zu sagen. Für sie heißt die „Rettung des Vaterlandes“ der Wiederaufbau des zerrütteten kapitalistischen Deutschlands, damit sie weiterhin, wie augenblicklich im Ruhrgebiet, mit dem Unternehmertum in Verhandlungen das Proletariat verraten können. Die Bergarbeiterschaft des Waldenburger Reviers wird scharf aufpassen müssen, daß nicht die Reis zu Verhandlungen bereite Gewerkschaftsbürokratie wiederum ein Uberschichtenabkommen zum Schaden der Bergarbeiter abschließt. Unsere Parole muß sein:

Fort mit den Uberschichten und Ueberstunden.

Für eine 30% Lohnerhöhung.

Den Kapitalisten, die, wie aus einem geheimen Rundschreiben hervorgeht, jede Lohnerhöhung ablehnen und die die Parole Abbau der Löhne herausgegeben haben, muß die Bergarbeiterschaft ihren eisernen Willen entgegen setzen. Die Kapitalisten glauben die Macht wieder so fest in den Händen zu haben, daß sie dem Proletariat alles bieten können. Ihr Sieg über die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland, zu dem ihnen die Reichssozialisten verholfen haben, macht sie so mutig, daß sie die Zeit für gekommen halten, gegen die übrigen rebellierenden Proletarier vorzugehen.

Dem Forderung der Unternehmer nach der 48 stündigen Arbeitswoche im Bergbau muß die Bergarbeiterschaft ihre alte Forderung der Sechstundenschicht entgegensetzen.

Bei der Abstimmung muß die Stimme eines jeden Bergarbeiters für den Streik sein. Macht euch den Anspruch eines Weissenheimer Kameraden zu eigen: „Nieber ein kurzes Verhungern als ein langames Dahinsiechen.“

Darum Kameraden tretet geschlossen ein in den Kampf. Schränkt die Notstandsarbeiten bis aufs äußerste ein. Stellt den Grubenbaronen ein kurzfristiges Ultimatum. Wird dieses abgelehnt, so stellt die Notstandsarbeiten vollständig ein. Es gilt der Unternehmerschaft den Kampfwillen der Waldenburger Bergarbeiter zu zeigen.

Kameraden, der Kampf ist Euch aufgezwungen, wehmt den Fehdehandschuh auf. Euer Kampf ist auch der Kampf des übrigen Proletariats, wir Kommunisten werden Euch tatkräftig unterstützen. Euer Kampf ist unser Kampf!

Die 7. Schicht in Oberschlesien ein Verrat an den tschechoslowakischen Arbeitern.

In Oberschlesien tauchen seit letzter Zeit öfters verschiedene Herren auf, die als Agenten der tschechoslowakischen Industrie für das Verfahren der 7. Schicht in Oberschlesien rege Propaganda betreiben.

Die sauberen Burken begründen die Notwendigkeit der 7. Schicht dadurch, daß sie behaupten, in der Tschechoslowakei wäre ein großer Mangel an Kohle vorhanden, die tschechoslowakische Industrie müsse stillgelegt werden, wenn nicht dringend Abhilfe geschaffen wird. Die Stilllegung der Industrie aber, behaupten die Agenten weiter, würde einen entsetzlichen Schlag für die Arbeiter der Tschechoslowakei, eine enorme Steigerung der Arbeitslosigkeit, des Hungers und Elends bedeuten. Deshalb müßten die oberschlesischen Arbeiter die 7. Schicht verfahren, um ihren tschechoslowakischen Brüdern zu helfen.

Welch schamlose Lüge diese Begründung ist, beweist folgende Meldung, die uns zugeht:

Komstau, 22. April. Die Krise im Bergbau, besonders im Komotauer Revieramtsbezirk, wird katastrophal. Am 22. Februar wurden am Garb-Schacht Priesen 250 Mann entlassen. Sidlo-Schacht Pechlau 18, Weisner-Schacht Brunnersdorf 30, Fejen-Gottes-Schacht Sidlich 42, Josef-Schacht Kaschan 70, der Betrieb „Gute Hoffnung“ in Audonitz ganz eingestellt, Albert-Schacht Leopold auch ganz eingestellt, Swatopluk-Schacht in Wilkowitz 42 Mann, Maria-Schacht Priliskapi 22 Mann, Maria-Magdalenen-Schacht Sobisak 42 Mann, Prokopi-Schacht Milfan ganz eingestellt, Anni-Genova-Schacht Radonitz die ganze Belegschaft 14 täglich gekündigt, Josef-Schacht Radonitz ganz eingestellt, Ring-Schacht Disko Kratup die gesamte Belegschaft auch 14 täglich gekündigt, Gerecht-Schacht Radonitz ebenfalls die gesamte Belegschaft gekündigt, so daß heute im Komotauer Bergamtsbezirk 1000 Bergarbeiter arbeitslos geworden sind.

Der Kampf

der Bergarbeiter im Waldenburger Revier.

Die Bergarbeiterschaft des Waldenburger Reviers steht vor einer wichtigen Entscheidung. Sie ist vor die Frage gestellt, ob sie weiter unter den unsäglichen Bedingungen ihr Leben fristen will, oder aber endlich den Kampf gegen ihre Feinde aufnehmen gewillt sind. Die Grubengewaltigen wollen die Bergarbeiterschaft in ein neues Uberschichtenabkommen zwingen, die Schlichtungsausschüsse vertreten offiziell die Interessen der Unternehmer, die Gewerkschaften halten mit ihrer Meinung zurück. An der Bergarbeiterschaft liegt es jetzt, die richtige Antwort zu geben.

Auch die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes steht vor der Abstimmung, sie soll darüber entscheiden, ob weiterhin

Uberschichten gefahren werden oder ob endlich diesem Raub- und Gesundheit der Bergarbeiterschaft ein Ende bereitet werden soll. Dem Bergarbeiter wurden die schönsten Worte erzählt, sie seien die Retter des Vaterlandes, nur dadurch, daß die Bergarbeiterschaft bis zum Verrecken schuften, wird Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrt. Zuwardet mit Speid und Wurst gefüttert, ihr bekommt die höchsten Löhne, wie im Sklavenland könnt ihr leben — wenn ihr nur schuften. Und die Bergarbeiter haben geschuftet, sie haben Uberschichten verfahren, sie haben alles getan, um zur „Rettung des Vaterlandes“ beizutragen, daß Versprochenes ist ausgeblieben, daß Elend wurde immer größer. Trotz der Ueberarbeit war kein Bergarbeiter in der Lage, sich das Notwendige an Kleidern und Gebrauchsgegenständen anzuschaffen. Das Vaterland, welches die Bergarbeiter „retten“ sollten, war der Seidjag der Unternehmer, während die Bergarbeiter

Diese Meldung stützt alle Behauptungen der sauberen „Zugerechten“ und ihrer polnischen und deutschen Helfershelfer aus dem U.S.V. und A.D.V. Lügen. Denn es liegt klar, daß die erhobene Verletzung der ober-schlesischen Kohle nach der Tschecho-Slowakei eine weitere Stilllegung im tschecho-slowakischen Bergbau bedeuten würde, das heißt die Steigerung der Arbeitslosigkeit und dadurch auch der Not der tschecho-slowakischen Bergarbeiter.

Die ober-schlesischen Bergarbeiter, die um der schönen Zukunftsbedingungen willen, die von den Agenten versprochen werden, bis 7. Schicht verfahren würden, läten somit in den Rücken ihrer tschecho-slowakischen Arbeitsbrüder fallen.

Die Kohlenbarone aber hier und drüben würden sich die Hände reiben. Die ersten — weil sie schwer an den Lieferungen verdienen können, die anderen — weil sie die Kohle billiger erhalten und ihre eigenen Arbeiter klein kriegen können.

Das ober-schlesische Proletariat darf den Ausbeutern keinen Anlaß zur freudigen Stimmung geben. Seine Antwort auf die schamlosen Zumutungen der Agenten muß klar und deutlich lauten:

Gegen die Heberle Schicht!
Für die Solidarität mit den tschecho-slowakischen Arbeitsbrüder!

Das Erwachen der Bergarbeiter im Lahnggebiet.

Bezirksleiter Becker demaskiert sich.

In einer Versammlung für das Lahnggebiet wollten die Bergarbeiter Stellung nehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und verlangten, das der Bezirksleiter Becker-Gülden erscheinen solle. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Stellungnahme zur Taktik des Hauptvorstandes betreffs Ausschließung der Kommunisten. Zahlreiche Odersbacher schritt klassenbewußt im Kampf voran, arrangierte die Versammlung und lud Becker ein. Sie erhielt folgendes Schreiben, das wir gekürzt wiedergeben:

Siegen, den 13. April 1921.

Herrn

Heinrich Saam

Odersbach.

Wertes Kamerad!

Becker erklärt, er würde auch dann nicht erscheinen, wenn er frei wäre. Denn Ihr befindet Euch in Odersbach allem Anschein nach im kommunistischen Schlepptau, anders können wir uns den Punkt 2 der Tagesordnung nicht erklären. Wir möchten deshalb von Euch wissen, mit welchem Recht Ihr zu den Ausschließungen Stellung nehmen wollt, die vom Hauptvorstand auf Grund des Verbandsstatuts vorgenommen werden. (Becker streift hiermit den Mitglieder, die ja erst den Hauptvorstand eingesetzt haben, das Recht ab, zu seiner allein Statuten und allen Interessen des Verbandes hochsprachendend Ausschlußfähigkeit überhaupt Stellung zu nehmen. Die Red.) Im übrigen haben wir nichts damit zu tun. Die Erklärung aber, daß auch wir gegen sämtliche Leute den Ausschlußantrag stellen werden, welche sich entsprechend dem kommunistischen Rezept daran beteiligen, den Verband zu zerstören. Sodann möchte ich wissen, wer denn verlangt, daß ich mich versteige. Weiter wünsche ich zu erfahren, wer die Zahlstelle Odersbach autorisiert hat, eine Bergarbeiterversammlung für das Lahnggebiet einzuberufen. Wir sind der Auffassung, daß die Einberufung derart großer Versammlungen nicht Sache einer einzelnen Zahlstelle ist und deshalb die Zahlstelle Odersbach kein Recht hat, derartige Versammlungen zu arrangieren.

Becker erklärte sich zum Schluß noch bereit, in einer Zahlstellenversammlung über die Gründe zu den Ausschließungen bewährter Mitglieder aus dem Verband zu berichten. Er verwirft aber die Förderung interner Verbandsangelegenheiten in öffentlichen Versammlungen.

Becker hat ja Grund genug, die Öffentlichkeit zu scheuen. Becker erwidert nicht. Er warnte alle anderen Zahlstellen vor dem Besuch der Versammlung. Trotzdem war der Besuch gut. Kamerad Jupp als erster Redner schilderte die Not der Bergarbeiter, kennzeichnete die falsche Taktik der Zahlstellen und verlangte andere Maßnahmen, um die wirtschaftliche Not zu beseitigen. Sodann legte Gänsekehn den Bericht der Gewerkschaftsführer dar. Die noch heute bestehende bürokratische Arbeitsgemeinschaft, die uns der Krieg gebracht, müsse aufhören. Die Organisation müsse in eine Klassenkampforganisation umgewandelt werden. In brandstiftende Spaltungsmethoden des Hauptvorstandes und mit nach, daß wir keine Spaltung wollten, sondern die Einheitsfront. Zustimmung wurde darauf eine Resolution angenommen, in der die Umwandlung des alten Bergarbeiterverbandes in ein Instrument des Klassenkampfes verlangt wird. Protest gegen die Ausschließung altbewährter Mitglieder erhoben und die Herstellung der Einheitsfront gefordert wurde.

Zum Streit auf der Gleiwitzer Grube

bringt die „Dobrotische Morgenpost“ noch folgende Einzelheiten: Die Belegschaft der Gleiwitzer Grube, vertreten durch Jz. Barisberger, ist Dienstag nachmittag an den Direktor der Grube, Stannacker, herangetreten und verlangte von ihm die Wiederherstellung der Entlassenen, und zwar: des Steigers Schupka, des Schloßers Boshanza, des Arbeiters Jupp und des Bergmanns Kampa. Ferner sollten die Nachzahlung der Straf- und Feiertage auf den Urlaub und der Betrag des Kohlenanrages bei Feiertagen erstattet werden. Auch ergab die Belegschaft Einspruch gegen die am 1. Mai beschlossene Erhöhung des Lohnes um 10% im Vergleich mit dem 9 auf 45 Mark monatlich. Der Direktor wies diese Forderungen ab. Er wies in der Betriebsratsversammlung auf den Spruch des Schiedsgerichtes hin, fernst auf die eigenmächtige Handlung des entlassenen Grubenarbeiters, der, obwohl ihm das Betreten der Grube ohne vorherige Bewilligung der Grubenverwaltung ver-

boten war, die Belegschaft im Hefenhause zum Streit auf-forderte und Gegeben gegen die leitenden Beamten hielt, sich somit des Hausfriedensbruches schuldig gemacht hat. Als in dieser Versammlung ein Verhandlungsteilnehmer den Direktor durch verschiedene Redensarten beleidigte, brach dieser die Verhandlungen ab. Die Belegschaft beschloß nun am gestrigen Vormittag in den Streit zu treten und einen Protestzug zu veranstalten. Ferner begab sich eine Abordnung zum Kreisinspektor Gleiwitz-Stadt.

Es wurde hierbei das Ergebnis erzielt, daß die endgültigen Verhandlungen über den Streifall vertagt wurden und die Belegschaft sich bereit erklärte, am Donnerstag zur Frühlingsfeier wieder einzufahren.

Es streifte am gestrigen Tage die Belegschaft der Frühlingsfeier in Stärke von 1200 Mann. 41 Mann erschienen zur Frühlingsfeier der Volkswirtschaften. Eine Anzahl Arbeitswillige, die einfahren wollten, wurden von Streikposten verdrängt.

Ungehörte Grausamkeiten der Reichswehr und der Sipo.

Erstütternde Anklagen gegen die Forsten, die der bürgerliche Staat zur „Ordnungschaffung“ braucht, waren die Berichte, die eine Reihe von Angeklagten in der Mittwoch-sitzung des Haller Sondergerichts über ihre Behandlung nach der Verhaftung gaben.

Am schlimmsten ist es dabei den Arbeitern Otto Krüger, Otto Walschelt, Franz Klidermann und Ignaz Spattowski aus Holzweisk ergangen. Sie gerieten, nachdem sie sich freiwillig von der Sipo-Gruppe entfernt hatten, in Ostau in

Unter dem Falld der Ausnahmejustiz!

Unsere Liste der Sondergerichte verzeichnet bis heute folgende Urteile:

178 Angeklagte zu 665 Jahren und 4 Monaten Zuchthaus.
76 Angeklagte zu 98 Jahren und 1 Monat Gefängnis.
5 Angeklagte zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und
2 Angeklagte zum Tode verurteilt!

**Wir fordern Freilassung aller politischen Gefangenen.
Nieder mit der verfassungswidrigen Ausnahmejustiz!**

die Hände der Reichswehr. Sie wurden sofort „vorge-nommen“, d. h. in der fürchterlichsten Weise gemartert. Die den meistens systematisch vorgenommenen Mißhandlungen mußten sie sich platt auf den Boden legen. Eine Meute von Reichswehrsoldaten fiel mit Gummiknüppeln, Seitengewehren, Schläuchen, Leibriemen mit Schloß und Stahlhelmen (!) über sie her und bearbeitete sie bis zur Erschöpfung — der Peiniger. Daß dabei auch auf den Opfern herumgetrampelt wurde, war keine Seltenheit. „Verhört“ wurden sie dann von einem kaum erwachsenen Unteroffizier. Ueber jedes dabei gesprochene Wort wurde mit Schlägen ins Gesicht quittiert. Bei der Protokollaufnahme wurden stets zwei „Vorgenommen“. Der eine Gefangene wurde hinten in der schändlichsten Weise geprügelt, der andere durfte inzwischen von zwei „Auslagen“ machen. Sämtliche Angeklagte erklärten, daß ihnen die sogenannten „Gefährnisse“ der Voruntersuchung auf diese Art abgepreßt worden sind. Damit beweist es sich ad rem, daß unsere Erklärung für die „merkwürdige“ Offenheit der meist durch keine Zeugen belasteten Angeklagten richtig war. Auf dem Transport mußten die Unglücklichen drei Stunden lang die Hände gefaltet über den Kopf tragen. Dem, der sie fassen ließ, war sofortige Erschießung wegen Flußhühners androht worden. Wer die Hände dennoch nicht mehr hochhalten konnte, wurde wieder „vorgenommen“. Mit erhobenen Händen mußten die Gefangenen auch die Wagen besteigen, die sie nach langem Marsch erreichten. Mit ebenso erhobenen Händen sollten sie sich platt auf den Bauch legen. Diesen Befehl brachten sie deshalb nicht auszuführen, weil sie ausnahmslos unter Wehrstrafen zur Erde gestoßen wurden. Bei der Ankunft in der Moritzburg in Halle wurden die Gefangenen wieder systematisch gemartert. Hierbei hat sich hauptsächlich ein Oberleutnant der Sipo hervorgetan, der sich besonders mit Klidermann befaßte, weil der im Range Sergeant geworden und Jahaber des „Eisernen Kreuzes 1. Klasse war. Dieser Edelmann von einem Offizier übertraf noch alle anderen Mißhandlungen an Grausamkeit dadurch, daß er sich bei den Mißhandlungen einer schweren eisernen Kette bediente. Als Klidermann den Arm vor die Augen hielt, schrie die ganze Meute: „Was, das Schwein wehrt sich noch?!“ Und nun fiel die ganze Schar der Wehrmacht über ihn allein her. Der Vorposten hat, ebenso wie verschiedene Vertreter der „Ordnungspreffe“, die erschütternden Schilderungen mit zufriedenen Lächeln verfolgt, obgleich er die Mißhandlungen als unannehmlich bezeichnend zugeben mußte. Seine Miene änderte sich auch nicht, während ihm die Unglücklichen noch Bunden zeigen, obgleich die eigentlichen Quälereien bereits Wochen zurückliegen. Als angeführt wird, daß die zahllosen Schläge ins Gesicht vor allen den Augen gesollten haben, sagt der Vorposten spitzig: „Ich erwidere nicht, daß Sie da Ihre Augen noch haben!“ Krüger antwortete ihm darauf: „Ich erwidere nicht, daß wir noch dem Überwachen über-quaupt noch leben!“ Ein Gefangener namens Bolleret wurde auf dem Hofe der Moritzburg demart geschlagen, daß er liegen blieb und mit dem Auto ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Im übrigen spricht die Anklage noch nachdrückliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen hinsichtlich einer Entschärfung der Verurteilungen der Sozialdemokraten durch die Wehrmacht. Die von Angeklagten erhaltenen kaiserlichen Bewährungsfreien wurden jedoch sogar noch Bänderungen verhängt, sie waren doch aber unersetzlich für die Angehörigen der „Hörschule“. Das habe dem Landgerichtsdirektor Krüger genügt.

sie mindestens auf 5 Jahre ins Zuchthaus zu bringen. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Thorwest kamen sie mit Gefängnisstrafen von 1 Jahr 6 Monaten bis 1 Jahr 3 Monaten davon. Wie weit das schlechte Gewissen diese Mißde hervorgehoben hat, wollen wir vorläufig nicht erörtern.

Denn merkwürdigerweise war auch der heute neu auf-tretende Anklagevertreter sehr milde gestimmt. Gegen die Arbeiter Emil Dampf, Otto Becker, Gustav und Traugott Bessler aus Steidien, die ein paar Stunden Statisten gewesen waren (Krüger hätte sie dafür jahrelang eingesperrt) beantragte er zwei Wochen Gefängnis, die durch die Unter-suchungshaft als verbüßt zu betrachten seien. Das Gericht er-laubte dem Antrage entsprechend.

Der 20jährige Arbeiter Paul Henze aus Ransin bei Bitterfeld hat das ihm übergebene Gefährt schon nach fünf Minuten weitergegeben. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Arbeiter Otto und Arno Schulze aus Neu-Gelstha erhielten fünf Monate Gefängnis, weil sie eine Nacht Posten gestanden hatten.

Härter wurde der 21jährige Bergarbeiter Karl Weilemann aus Siersleben herangegenommen. Er war sechs Tage mit Nag Holz herumgezogen, hatte sich aber halb wieder in seine Heimat begeben. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis.

Heiterkeit löste die Aussage des Mitmeisters Bernhard Kette aus, der sich über die „Blünderungen“ von Nag Holz in der Wettiner Gegend äußern sollte. Nachdem er weinerlich das Lamento seiner Haushälterin wiedergegeben, aber nichts zur Sache beifunden hatte, schloß er: „Fürchterlich hat der Kerl bei mir gehaust! Zwei Duzend Taschentücher hat er mitgenommen!“

Politische Uebersicht.

Das Orgeschregiment in Bayern.

Nachdem die bayrischen Staatskommissare die drei kommunistischen Organe in München, Augsburg und Nürn-berg verboten haben, versuchten wir die „Rote Fahne“ und nachdem diese ebenfalls verboten war, das Stuttgarter kommunistische Organ in Bayern einzuführen. Aber auch dieses Blatt wurde in Bayern verboten. Nun wurde ein neues Blatt, die „Nordbayrische Arbeiter-Zeitung“ ver-breitet, das in Stuttgart hergestellt wurde. Der stellver-tretende Staatskommissar in Mittelfranken erblickte auch in dem Erscheinen dieses Blattes eine Umgehung des Zeitungs-verbotes für das Nürnberger kommunistische Blatt und untersagte die Weiterverbreitung der „Nordbayrischen Ar-beiter-Zeitung“. Wie weiter gemeldet wird, wurden in Nürnberg 50 000 kommunistische Flugblätter beschlagnahmt.

Das neue Orgeschkabinett.

Gestern ist Herr Stegerwald, der „Zentrumsarbeiter“, der sein Amt als preussischer Ministerpräsident pro forma niedergelegt hatte, mit 227 Stimmen der bürgerlichen Parteien wiedergewählt worden. Er wird nun, nachdem die Sozialdemokraten beiseite geschoben sind, ein Kabinett aus Demo-kraten, Zentrumsleuten und „Fachmännern“ bilden. Schein-bar handelt es sich also bei dem Kabinett Stegerwald um eine Minderheitsregierung der beiden bürgerlichen Mittel-parteien; tatsächlich haben wir die vollendete preussische Orgesch-regierung vor uns, die Regierung des weißen Schreckens und der Blutjustiz; Kahr von München nach Berlin verlegt! Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sind formell in der neuen Regierung nicht vertreten, und die „Deutsche Tageszeitung“ tut auch so, als ob die Rechts-parteien der Regierung Stegerwald abwartend gegenüber-ständen. Aber dieses schüchterne Zuvartan kann niemand täuschen. Die Westarp und die Stinnes wissen sehr gut, daß die Stegerwaldminister Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut sind. Den starken Druck der Rechtsparteien konnte man schon merken, als anstatt des Herrn Do mi-nicus Herr Schiffer für den wichtigen Posten des Ministers des Innern vorgesehen wurde. Ausgerechnet Herr Schiffer, der Reichsfinanzminister rühmlichen Andenkens, der Minister gegen die deutschen Finanzen, der alles getan hat, um den Kriegsgewinnern die Verschönerung der gestohlenen Millionen und die Rettung der Beute ins Ausland zu er-möglichen. Und der „Demokrat“ Schiffer war es ja auch, der zwischen der nach Stuttgart geflüchteten Regierung Geert-Koste und den Kappellen verhandelte und den Kapp-Lütt-witz die bequeme Rückzugsstraße eröffnet hat. Schiffer, der verkappte Kappist, wäre schon ein tüchtiger Polizeiminister in Preußen gewesen. Aber die Reaktion glaubt wohl einen noch energischeren und rücksichtsloseren Polizeiminister für das Preuskabinett zu finden, denn Schiffer soll das Amt ab-gelehnt haben, da er sich angeblich seinen Geschäften als Vorsitzender der demokratischen Reichstagsfraktion nicht ent-ziehen könne.

Die anderen Ministerposten stehen wohl fest.

Herr der preussischen Nordjustiz bleibt der Dr. Am Behn-hoff, das würdige Haupt der kappistischen Landgerichtsdirektoren und Staatsanwälte. Unter dem neuen Behnhoff wird die Ausnahmejustiz genau so prompt gegen das Proletariat funktionieren, wie unter dem alten. Herr Fischbeck, die Be-zirksvereinsammler, behält den Handel und zwei reaktionäre Geheimräte teilen sich in die Finanzen und Landwirtschaft. Die Nachfolge Hamischs, des Ritters Komrad von der tran-rigen Hofstadt, übernimmt Staatssekretär Becker. Becker, von Hans aus Professor und gründlicher Islamkenner, hat in der Öffentlichkeit gar nicht üble Reformgedanken zur Umgestal-tung der Universitäten geäußert. Becker war schon bisher für die preussische Universitätsverwaltung verantwortlich. Aber in Beckers Praxis war von Beckers Theorie nicht viel zu spüren. Die Universitäten Preußens waren und blieben unter Becker und Hamisch die Hochburgen der blutigen monarchistischen Reaktion. Jetzt zeichnet Becker verantwortlich für die gesamte preussische Kulturpolitik. d. h. der „Hoch-

schulung deutscher Art" wird weiter wachsen, blühen und gedeihen. Unter dem Minister Becker wird die Studentenschaft noch mehr als bisher der Stoßtrupp der preussischen Ortschaft sein.

Die Rechtssozialisten, die man mit so kräftigem Fußtritt von der preussischen Regierungskrippe weggestoßen hat, schreien Ach und Weh und künden dem Stegerwald-Kabinett unverschämlichen Kampf an. Aber die deutsche Arbeiterklasse weiß, was dieser Kampf der Kassebänden gegen die Gewerkschaften in Wirklichkeit bedeutet. Auch in Preußen sind die Massen gefallen, in schimmernder Wehr hat die Gegenrevolution die Macht ergriffen. Um so stolzer wird das revolutionäre Proletariat seine rote Fahne hissen und in diesem Zeichen die preussische Ortschaft zertrümmern.

Ministerpräsidentenwahl.

Bei der Wahl sind abgegeben: Für Stegerwald 227 Stimmen, für Braun 100, für Ludwig 21, für Busch 1 Stimme (Weiterkeit); unbeschrieben 22 Stimmen, das sind insgesamt 371 Stimmen; die absolute Mehrheit beträgt 175 Stimmen. Stegerwald ist damit also zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Schandjustiz vor dem Reichstag.

In der Sitzung, in der Paul Levi bei der Ausübung seines Mandats beharrte, wovon wir schon berichteten, kam es zu einer Besprechung der von der Ausnahmejustiz gefällten Schandurteile.

Ein kommunistischer Antrag fordert sofortige Entlassung des Abg. Thomas (Kommunist) aus der Gefangenenanstalt Landsberg i. Bayern. Bei der Besprechung dieses Antrages wird festgestellt, daß Genosse Thomas ohne alle rechtlichen Unterlagen von einem der berühmten Sondergerichte gemeldet worden ist. Müller-Franken will die Angelegenheit in den Ausschuss verschieben. Genosse Geyer stellt die Tatsachen fest und ersucht um sofortige Annahme des kommunistischen Antrages. Ein Demokrat bezeichnet die mitteldeutschen proletarischen Kämpfer durchweg als gemeine Verbrecher. Der Antrag wird an den Geschäftsrundungsausschuss verwiesen.

Ein unabhängiger Antrag über die Aufhebung der Ausnahmejustiz wird besprochen. Rosenfeld bringt erdrückendes Material über die Tätigkeit dieser trockenen Guillotinen, das im wesentlichen dem von uns bereits mitgeteilten entspricht. Wenn er feststellt: „überlassen Sie die Kommunisten ruhig der Arbeiterklasse!“ können wir ihm auch darin beipflichten. Wir glauben nur, das Urteil wird ein anderes sein, als die unabhängigen Karoideure es erwarten.

Justizminister Heinze verteidigt seine Sondergerichte. Sie arbeiten rasch, gut und billig und bringen möglichst viele revolutionäre Arbeiter hinter Zuchthausmauern — mehr wird die Bourgeoisie nicht von ihnen verlangen. Er wagt die Behauptung, daß tatsächlich tüchtige Richter für die Sondergerichte ausgesucht worden sind. Der Zorn „Orgegericht“ von den Kommunisten gibt diesem Ausdruck den richtigen Inhalt. Daß dieser Justizheize den Raub der Rotationsmaschine der „Roten Fahne“ zu rechtfertigen versucht, ist beinahe selbstverständlich.

Die Rechte brüllt im Chor ihre Zustimmung. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht erneut die Interpellation der Unabhängigen an die Reichsregierung, über die äußere Politik eine Erklärung zu geben. Aber auch am Donnerstag kniff die Regierung und ließ erklären, daß sie zur Stunde noch nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten.

Danach wurde die abgebrochene Debatte über die Sondergerichte fortgesetzt.

Der Deutschnationale Warmuth hezte natürlich nach allen Regeln schamloser Demagogie gegen die Arbeiter und leistete sich die gemeinsten Beschimpfungen der Kämpfer in Mitteldeutschland.

Nach ihm setzte sich der Sozialdemokrat Fischer-Berlin, für die Beibehaltung der Sondergerichte ein. Bei einer Aufhebung der Verordnung werde die Flamme des Aufruhrs wieder auflodern. Er redet den Ausnahmegerichten das Wort, um nachher selbst feststellen zu müssen, daß noch nicht ein einziger der Rapp-Rebellen verhaftet oder zur Verantwortung gezogen worden ist. Aber das ist eben die höhere Logik der Sozialdemokraten!

Nachdem noch andere bürgerliche Vertreter weiblich gegen Kommunisten geheut haben, wird die Beratung abgebrochen und es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Befähigung des Fieberthermometer.

Jedenfalls würdiger Abschluß!

2 Jahre Zuchthaus für einen kommunistischen Redakteur.

Der Redakteur Werner vom „Ruhr-Schö“ ist heute zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wegen der zwei Aufsätze der Zentrale. Der Staatsanwalt beantragte 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Erwerbsverlust.

Amtsentsetzung kommunistischer Ortsvorsteher.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Halle melden: Auf Anordnung des Oberpräsidenten Hörsing sind sämtliche kommunistischen Ortsvorsteher im Aufbruchgebiet ihres Amtes entsetzt worden mit der Begründung, daß Ortsvorsteher nicht einer Partei angehören dürfen, die offen den Umsturz des Staates predigt auf Anweisung einer ausländischen Macht. Im Saalekreis, wo die kommunistischen Ortsvorsteher besonders zahlreich sind, wurden 21 ihres Amtes entsetzt. Bekanntlich sind in den Kämpfen auch einige Ortsvorsteher erschossen worden, z. B. der Ortsvorsteher von Gröbers.

Die „Rote Fahne“ im Gebiete des Ausnahmezustandes verboten. Regierungskommissar Dr. Wörmeling in Müritzer hat durch eine Verordnung die entgeltliche und unentgeltliche Verbreitung der „Roten Fahne“ und der

An die revolutionären Gewerkschaftsmitglieder Deutschlands.

Genossinnen und Genossen!

Die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie wittert Morgenluft. So wie die Bourgeoisie durch eine schamlose Dementi-Justiz dem revolutionären Proletariat eine Niederlage demonstriert, sieht auf der anderen Seite die Gewerkschaftsbürokratie in der Schluppe des kommunistischen Proletariats eine willkommene Gelegenheit, ihre Kommunistenhege mit verdoppelter Energie zu betreiben.

Ueberliefert die Bourgeoisie die proletarischen Kämpfer dem Fallbeil, wirft sie sie zu Tausenden in die Zuchthäuser und Gefängnisse, so hält die Gewerkschaftsbürokratie die Gelegenheit für günstig,

die kommunistischen Arbeiter aus den Gewerkschaften und aus den Betrieben hinauszuverjagen.

In solchen Orten, wo die Verfeinerung der Kommunisten an dem lebendigen Solidaritätsgefühl der anders gesinnten Klassengenossen scheitert, wirft die Gewerkschaftsbürokratie ganze Ortsvereine und Zweigvereinsgebiete aus den Verbänden. Das Beispiel, das die Paeplos bei den Chemnitzer Bauarbeitern statuierten, macht Schule.

Und wenn wir oben sagten, daß Bourgeoisie und Gewerkschaftsbürokratie — den Hyänen gleich — die Niederlage der Kommunisten ausbeuten, so zeigt noch ein anderer Umstand, wie eng das Vorgehen der Bourgeoisie mit dem Treiben der Gewerkschaftsbürokratie zusammenhängt. Auf Drängen der Bourgeoisie hat der Sozialdemokrat Severing — wie er selbst zugestehet — durch Hörsing die mitteldeutsche Arbeiterschaft provoziert. Es gilt für die Bourgeoisie das rote Herz der deutschen Revolution zu zertreten. Und es gilt für die Gewerkschaftsbürokratie, die Voraussetzungen für die Durchführung dieses Planes zu schaffen. Darum ist lange vor Herrn Hörsing Herr Schulze vom ADGB in Halle erschienen, um die Halle'schen Gewerkschaften zu spalten. Und so entspringt der Sieg über das revolutionäre Proletariat dem gemeinsamen Werk der Bourgeoisie und der Menschwisten.

Was die Gewerkschaftsbürokratie bisher verfehle tat, tut sie heute mit zynischer Offenheit. Ihr Treiben in Chemnitz, Remscheid, Halle, Erfurt, Bremen und an vielen anderen Orten beweist, daß ihr

im Kampf gegen die Kommunisten jedes Mittel recht ist, daß sie die Gewerkschaften, und „wenn alles drunter und drüber geht“, kommunistenrein machen, d. h. spalten will. Genossinnen und Genossen! Diese Situation stellt an eure Einsicht, an eure Disziplin die höchsten Anforderungen. Eine große Zahl revolutionärer Arbeiter sucht in nur zu begreiflicher Empörung der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie ihren Abscheu dadurch zu bekunden, daß sie aus den Gewerkschaften austreten oder aber sich den syndikalistischen Unions anschließen.

Genossen, Arbeiter und Angestellte! Das ist nicht der rechte Weg!

Um euer selbst, um der deutschen, um der Weltrevolution willen, darf jetzt kein revolutionärer Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken kehren. Damit das Proletariat siegen kann, müssen die Gewerkschaften den Händen jener durchtriebener Geschäftsmacher entzogen werden, die bei unzähligen Gelegenheiten das Proletariat verraten haben. Da-

mit das Proletariat siegen kann, müssen die Gewerkschaften von allem, was morisch und faul ist, gereinigt und zu einer unwiderstehlichen Macht im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes werden. Dazu kommen wir aber um so schneller, je mehr revolutionäre Arbeiter sich bewußt und planmäßig an der Lösung dieser Aufgabe beteiligen.

Genossen, Arbeiter und Angestellte! Auf die Offensive der Konterrevolution gibt es auch für unser Arbeiten in den Gewerkschaften nur eine Lösung:

Mit verdoppelter, mit verzehnfachter Energie in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten.

Der Kampf in den Märztagen hat auch in die Reihen der kommunistischen Gewerkschaftler Lücken gerissen. Für jeden gefallenen Kämpfer müssen neue Kämpfer erstehen. Das Schwert, das den Händen der Gefallenen entglitten ist, müssen andere aufnehmen, die Kampffreien müssen geschlossen werden. Das muß überall und sofort geschehen. Die März-kämpfe haben bewiesen, welche überragende Bedeutung unserer Arbeit in den Gewerkschaften zukommt.

Mit Schrecken sieht die Gewerkschaftsbürokratie die rasch wachsende Revolutionierung der Gewerkschaften.

Sie hofft, der kommunistischen Gefahr durch den Ausschluß ganzer Ortsvereine Herr zu werden. Diese Loren! Durch solche Gewaltstreichs zeigen sie wirksamer als wir es durch die beste Propaganda vermöchten, vor aller Augen, daß sie es sind, die die Gewerkschaften spalten. Die von der Bürokratie ausgeschlossenen Ortsvereine sind mit ihrem Verursachenden des ganzen Reiches so fest verbunden, daß eine Handvoll Gewerkschaftsbürokraten diesen Bund nicht zu zerreißen vermag. Bricht ein Zentralvorstand mit einem Ortsverein die Verbindung ab, weigert er die Herausgabe von Materialien, Beitragsmarken, so müssen die Ortsvereine sich das notwendige Material selbst verschaffen, denn nur so können sie die

örtliche Geschlossenheit ihrer Kollegen erhalten und deren Rechte solange sicherstellen, bis ein Verbandstag die Gewaltmaßnahmen rückgängig macht und damit auch formell die Einigkeit wieder herstellt.

Genossinnen und Genossen! Die Bürokratie der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist sich überall gleich. In Frankreich, in England, in der Tschechoslowakei sind die gleichen Auseinandersetzungen, dort zerstört die Bürokratie ebenso frivoll die Einheit der proletarischen Massenorganisationen. Hier wie dort häumt sich die Klassenbewußte Arbeiterschaft

gegen die arbeitgemeinschaftlichen Stützen der Bourgeoisie auf. Hier wie dort sammelt sich das revolutionäre Proletariat um die Erhaltung seiner Organisation.

Genossen! Frisch aus Werk!

Nieder mit der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie!

Nieder mit den Arbeitgemeinschaftlern!

Es lebe die Einheitsfront gegen den Kapitalismus!

Es lebe die Rote Gewerkschaftsinternationale!

Es lebe der Kommunismus!

Die Reichsgewerkschaftszentrale der RPD.

„Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“, Berlin, sowie der „Freiheit“, Düsseldorf, im Gebiete des Ausnahmezustandes verboten. Auf Zuwiderhandlungen steht Haft, Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 Mk.

Die Reichsregierung will nächste Woche zur auswärtigen Politik sprechen. Die „Bosnische Zeitg.“ meldet: Der Reichskanzler Fehrenbach wird Anfang nächster Woche bei der großen außenpolitischen Aussprache das Wort zu einer hochpolitischen Rede ergreifen, in der er ein zusammenhängendes Bild von der Gesamtlage einschließlich der schwebenden innerpolitischen Fragen entwerfen wird. — Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons wird den richtigen Sachverhalt über die angeblich durch Deutschland über eine neutrale Macht nachgesuchte Verständigung mit Amerika voranschicklich schon am nächsten Dienstag im Reichstag mitteilen.

Zur bayrischen Entwaffnungsfrage äußert sich das Organ Lloyd Georges „Daily Chronicle“. Es ist für die Vornahme der von Frankreich in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen und begründet das damit, daß die Abrüstung in Bayern nicht vollzogen und die Aburteilung der Schulbigen nicht begonnen habe. Der Standpunkt Englands sei, wenn Deutschland nicht zahle, so müsse England für die Zwangsmaßnahmen sein und rufe Deutschland zu: Zahle deine Schulden, schicke deine Soldaten nach Haus, bestreife die Schulbigen und du wirst deine vollen Eigentumsrechte zurückerhalten. Selbst Bayern müsse diese Logik anerkennen. Aber dadurch, daß man durch die Verzögerung der bayrischen Abrüstung den monarchistischen Gedanken in Bayern Stärke, werden die deutschen Hochöfen nicht mit Kohle gefüllt.

Auch die Heiratsvermittler trauernten. In der nächsten Nummer der Weltbühne ist das folgende Inserat aus einem Hamburger Blatt zitiert:

Wegen deutschnationaler Trauer anlässlich des Hinscheidens Ihrer Majestät der Deutschen Kaiserin bleibt mein Institut am Donnerstag, den 14. und Freitag, den 15., geschlossen.

Aberraumte Konferenzen für Donnerstag finden am Sonntagabend, für Freitag am Dienstag statt.

H. S. Straße . . . Heiratsvermittler. Sehr geschmackvoll, aber durchaus zu der Moral der Bourgeoisie passend.

Ausland.

Die Streifbewegung in England verschärft sich.

Die Gewerkschaft der Bergarbeiter veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, daß die jüngsten Vorschläge der Grubenbesitzer nichts Neues brächten. Das Zugeständnis, einen Rat einzusetzen, sei wertlos, wenn die Unternehmer nicht gleichzeitig das Zugeständnis machen, daß die Gewinne aus allen Gruben in eine gemeinsame Kasse fließen. Die Bergarbeiter in Südwales bleiben unangenehm. Sie fordern von ihrem Exekutivkomitee Maßnahmen, um die Notstandsarbeiten an den Pumpen wieder einzustellen. Dieselbe Resolution wurde von den Bergarbeitern Schottlands und der Grafschaft Kent angenommen.

Die Stimmung in den verschiedenen Bergwerksbezirken läßt sich dahin aussprechen, daß die Mehrheit der Bergarbeiterschaft beschlossen hat, ihre Forderungen auf Einführung eines nationalen Lohntarifes aufrechtzuerhalten.

Die kommende Verständigung der Kapitalisten.

Zu der bevorstehenden Konferenz der alliierten Premierminister in Lympe erfährt der „Daily Chronicle“ von unterrichteter Seite: Angesichts des Verlangens der deutschen Regierung bezüglich des Vertrages von Versailles ist es nach Ansicht der alliierten Regierungen notwendig, daß die künftigen Schritte gemeinsam beschlossen und beraten werden, was die Deutschen tun wollen, ist den Alliierten bisher unbekannt. Wenn sie gar nichts tun, wird es Unannehmlichkeiten geben. Der Premierminister und das Kabinett gehen von der Annahme aus, daß das englische Volk den Versailles Vertrag durchgeföhrt zu sehen wünscht. Es ist für das Kabinett notwendig, zu wissen, welches die französischen Pläne sind, bevor es selbst seine Meinung über irgend eine vorgeschlagene Aktion ausdrücken kann. Aber wir haben Anlaß, zu sagen, daß über die Prinzipien Einheit besteht und daß ein freundschaftliches Abkommen zwischen uns selbst und den Franzosen über die zu unternehmenden Schritte erwartet werden kann. Die übrigen Blätter sind in ähnlicher Richtung informiert. So schreibt die „Times“: Die Tür ist noch immer für praktische deutsche Vorschläge offen. Aber sie müssen wirklich praktisch sein und sie müssen schnell kommen. Illusorische und ausschweifende Vorschläge. Mit

von dem H. Simons in London, haben keinen Zweck. Man wird sie nicht einmal anhören.

Unser die Zukunft — trotz alledem!

Dass da, wo die revolutionären Arbeiter nicht unmittelbar durch den weißen Schrecken bedroht sind, der kommunistische Gedanke nicht im Rückgang, sondern im steten Wachsen begriffen ist, beweisen die Betriebsratswahlen in vielen Orten.

Aus Oberschöneweide bei Berlin wird uns gemeldet:

Die Betriebsratswahlen in der Akkumulatorenfabrik brachten unseren Genossen einen vollen Erfolg. Im Wahlkampf wurde unsere Liste auch durch Flugblätter der Reichsjournalisten, Fischer und Christliche bekämpft.

Überall im Reich ist zu beobachten, daß der revolutionäre Geist der Arbeiterschaft durch die Märzaktion nicht geschwächt, sondern gestärkt wurde.

So lassen sich die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aus Halle berichten, daß nach allen Anzeichen die kommunistische Partei in Mitteldeutschland vor dem Zusammenbruch stehe und das deshalb, weil die „Mansfelder Volkszeitung“, an deren Spitze der Redakteur Schneider, ein intimer Freund von Höp, stehe, ihr Erscheinen eingestellt habe und weil bei den Betriebsratswahlen in Mitteldeutschland nur 11 Kommunisten gewählt wurden.

Das letztere stimmt nicht, und im übrigen mögen sich die „Neuesten Nachrichten“ und alle die, die jetzt über den Zusammenbruch der Kommunisten jubeln, gesamt sein lassen, daß die kommunistische Partei nicht so leicht zusammenbricht.

laubten die Reaktionen und Spießer auch, daß der Revolution für immer das Rückgrat gebrochen sei.

Und wenn man auch jetzt „Erschießungen auf der Flucht“ vorgenommen; wenn auch jetzt hunderte und tausende revolutionäre Arbeiter in die Gefängnisse wandern, dadurch wird die Flamme der Revolution nicht erstickt.

Sie lodert und glüht weiter und wird schließlich alles versengen, was sich ihr in den Weg stellt.

Aus der Provinz.

Ratibor.

Ein Eisenbahnunglück. Am Dienstag früh entgleiste auf der Strecke Ratibor-Katowiz der Güterzug 8728 zwischen den Stationen Charlottengrube und Dogmigrube auf offener Strecke.

Katowiz.

Nette Apo-Beamtin. In Wilhelmshütte kam es in der letzten Nacht zwischen 11 1/4 und 11 3/4 Uhr zu einer wilden Schießerei. Im Abelschen Gasthaus wurde eine Hochzeit gefeiert.

Sandauer Platz.

Ein Flugzeugabsturz. Am Mittwoch früh stiegen auf dem Platz 2 Flugzeuge auf, die nach Belgoland überführt werden sollten.

Bochwitz.

Ein maßloser Übergriff der Reichswehr. Sonnabend abend wurde der Postverwalter des hiesigen Postamts von Reichswehr verhaftet und abgeführt.

Lokales.

Breslau, den 23. April 1921.

Zum Streit der Angestellten

Die Angestellten der Zentralleitung teilte mit, daß der Streit immer weitere Ausdehnung erfährt.

Schaefer & Schael, Diene & Woldt, Wendt & Co., Prekel & Küllers, Hirschfeld, Franz Richter, A. Bentner, Paul Lübke, Geres, Ansbauerhütte, Zimmermann & Co., Fiebach, Sehel & Pasch, Schleifische elektrotechnische Gesellschaft, Sirowatki, Sübner.

Auch am Donnerstag dauerte der Streik unvermindert fort. Es ist sogar von einer, wenn auch nicht bedeutenden, weiteren Ausdehnung des Kampfes zu sprechen.

Erhöhung der Wohnungsmieten.

Den Wohnungsgenossenschaften war es bis jetzt sehr un bequem, daß sie die Wohnungsmieten nicht in derselben Weise erhöhen konnten, wie die Preise der Lebensmittel, Kleidung usw. gestiegen sind.

Also nur dann, wenn sich die Gemeindeparlamente gegen den Mietsucher wenden, werden denselben Schranken geboten werden. Also heißt es für die Arbeiter auf dem Posten sein!

An alle Genossen!

Am Sonntag, den 24. April, findet, falls gutes Wetter ist, ein gemeinsamer Ausflug nach „Schweden-schanze“ statt.

Ortsgruppe BHPD. Breslau.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Beder, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Bösel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Sonntag 7 Uhr: Margarete. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abend 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Jube-Theater. Täglich 7 Uhr: Ader unsere Kraft. 1. und 2. Teil. Cholin-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Die Maus. Schauspielhaus. Opernabende. II. R. 25-45. Täglich 7 1/2 Uhr: Die spanische Nachtigal. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Dame in Rot.

Harry Piel's Abenteuer eines Vielgesuchten: Der Verächter des Todes! 6 Akte. Ferner: Paul Heidemann in seinem tollsten 5 Akter So ein Lausbub! In den Kinder-Vorstellungen: Der kleine Lord 4 Akte.

Schauburg D. K. Viktoria-Theater Neue Taschenstraße. Anfang 4 Uhr. Einlass 1/2 Uhr. Theater Friedr.-Wilh.-Str. 35. Anfang 1/2 Uhr. Einlass 4 Uhr. In diesen beiden Theatern Der Mann ohne Namen 3. Etappe: Der Mann mit den eisernen Nerven. Original-Stierkämpfe in Barcelona. Original-Aufnahmen in Madrid, Sevilla. Ausserdem in beiden Theatern: Variétéschau und das übrige Programm.

Odertor-Lichtspiele Weinstrasse 53/55. Nur noch heute! Die 2 grössten Film-Kanonen Die geheimnisvolle Villa Der Liebeskorridor. Sonntag und Montag! Der grosse Erfolg! Die Vampire 3. Folge. Sensationeller Trick, Liebreizende Szenen, hochdramatische Handlung. 1 spannende Akte. Darin: Die tolle Barocke Dr. auf obere Paktel. Sonntag 8 Uhr. Freitag-Veranstaltung. Der Kampf der Schwestern.

Dauer-Wäsche Richard Schinke, Breslau, Oblander Str. 58. Sternseife enorm billig Lippert, Joh. Mehn, Weißerberggasse 43.

Neuerscheinungen: Arbeiter, Bauer und Spartakus Bühnenspiel in 1 Aufzug von Georgi, Berlin „Junge Garde“ Berlin C 2, Stralauerstrasse 1. Preis 50 Pf. Die Agrarfrage, Leitfaden zum Anfr. für Landagitatoren (Disposition u. Zahlenmaterial) von E. Unfried. Preis 1.50 Mk. Der kommunistische Landarbeiter Nr. 1. Inhaltsangabe: Wieder Schandtarife — Verschärfung gefangener Rotarmisten an der Ostfront — Aus der Bewegung: Der Kampf der pommerischen und ostpreussischen Landarbeiter — Gärnerstreik im Reich — Christliche Wahrhaftigkeit und Duldsamkeit — Ausland: Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit in Holland; Landarbeiterbewegung in Polen — 140000 Morgen Braue in Pommern — Landarbeiter werden mit Faustschlägen terrorisiert — Gewerkschaftliches: ein neuer Reichsleiter — Wirtschaftskredittliche Zustände; politische Kampfabteilung der Arbeitgeber — Sklavehandel — Das „Beierland“ in der Annona-plantage — Politische Umschau — Feuilleton Arbeiter, Bauer und Spartakus — Literaturangabe. Einzeldr. 0.40 Mk., viertelj. 2.40 Mk.

Liech-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Der große Erfolg des April-Programms. Volksgarten Lichtspiele Michaelstr. 43. Nur bis Montag! Harry Piel in den grossen Sensation- und Detektiv-Abentuer eines Vielgesuchten Das fliegende Auto — in 8 grossen Akten. — Datum: Das tolle Lesenspiel Eine halbe Stunde Vater — in 2 grossen Akten.

Kammer-Lichtspiele Schweidnitzer Strasse. Die grösste Sittes-Sensation mit: Reinh. Schünzel in Das goldene Haus von New-York 5 packende Akte aus dem Hauptleben d. Mil. in New-York. Datum: Wenn Frauen reifen im Laborschub 5 hochdramatische Akte aus dem Leben der Großstadt. Jede Dame verwendet zur Körperpflege die neuesten kosmetologischen Schönheitsmittel bei Frau Clara Fuhrmann Breslau 5 A. Bräckerstr. 20.4. Alt-Metalle kauft Otto, Schlegelstr. 8.

T. T. Tauentzienplatz 15. Ab Freitag, den 22. April: Eva May in dem neuen prächtigen Film Die Amazone Schauspiel in 5 Akten. 6 Szenen aus der überaus spannenden Geschichte Der Kampf mit dem Drachen Lustspiel in 3 Akten. Beginn 4 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Herzogin Satanelle Cierchez la femme in 6 Kapiteln Pompöse Ausstattung! Herrliche Bilder aus allen Weltteilen und Zeiten. In der Hauptrolle die berühmte Schauspielerin Lucie Durand. Beginn pünktlich 4 Uhr. Sonntag 8 Uhr.

Arthur Holtzcher, Drei Monate in Sowjet-Rubland Preis 2,- Mk. Hier schildert einer, der kein Kommunist ist, die Licht- und auch die Schattenseiten des ersten Staates der proletarischen Diktatur. In bester durch: Komm. Bucherei BRESLAU 5, Gräbener Strasse 45. Zeitungsmanufaktur verkauft Sozialistischer Verlag.

Nr. 14 der Agrar-Korrespondenz Aus dem Inhalt: Sozialisierung der Landwirtschaft — Der Fußtritt für Braun-Moderne Sklaverei — Die werdende Freiheit des Reichsstandbundes und Sicherung der Brecher — Ein Reichsstandbündler als Pachtwächter — Brennt Schnaps — Die Erde des Reichsmanagers — Ausland: Pommerns wirtschaftlicher Zusammenbruch. Preis 30 Pf. Bestellungen auf diese Broschüren und Zeitung sind sofort bei den Bezirkssekretariaten einzuziehen. Kommunistische Partei Deutschlands auch Sektion der Kommunistischen Internationale Zentrale, Abteilung Land. Neu! Das schwarze Buch des weißen Ungarn 1.50 Mk. Kommunistische Bücherei Breslau 5, Gräbener Strasse 45.